

1.6 ■ Einkommen im Land Bremen 2010

Jan Farke und Bernd Strüßmann

Lohnentwicklung in Deutschland

Bereits seit Anfang der 1990er Jahre haben sich die Netto-Reallohne in der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr erhöht. Trotz guter Konjunkturerwartung und einem durchaus kräftigen Wirtschaftswachstum zeigte sich zwischen den Jahren 2004 und 2009 sogar ein bisher in Deutschland unbekanntes Phänomen: Ein deutliches Wirtschaftswachstum ging mit einer Senkung der realen Nettolöhne über mehrere Jahre einher. Bisher waren in der Bundesrepublik die Löhne immer in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs gestiegen. Obwohl aber die Beschäftigung kräftig zunahm, die Arbeitslosigkeit erstmals seit längerer Zeit deutlich gesenkt werden konnte und die Wirtschaft wuchs, konnten die Lohnbezieher insgesamt dennoch nicht von dem Aufschwung der letzten Jahre profitieren. Die Lohnentwicklung war real – auch in einem internationalen Vergleich – nach ›unten‹ gerichtet.

Nach einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung haben sich die durchschnittlichen Bruttoeinkommen pro Beschäftigten in Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2010 real – also nach Abzug der Inflation – deutlich negativ entwickelt: In sieben Jahren mussten die Beschäftigten Reallohnverluste hinnehmen, lediglich in drei Jahren gab es reale Zuwächse, zuletzt im Jahr 2010. Insgesamt nahmen die Bruttolöhne innerhalb eines Jahrzehnts um vier Prozent ab.¹

Krisenbedingter Rückgang der Arbeitnehmerverdienste im Land Bremen

Ende des ersten Halbjahrs 2010 betrug der durchschnittliche Monatsbruttolohn der vollzeitbeschäftigten Bremer Arbeitnehmer (einschließlich Sonderzahlungen) laut der regelmäßigen Verdiensterhebung des Statistischen Landesamts Bremen 3.727 Euro.

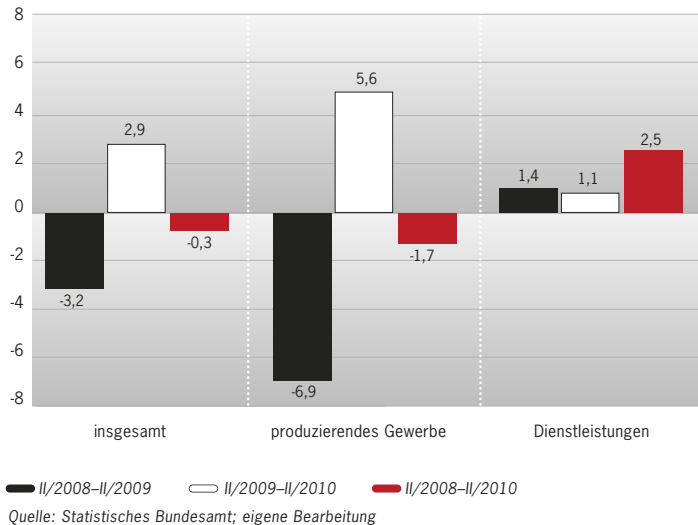
Von Mitte 2008 mit 3.740 Euro war er bis Mitte 2009 krisenbedingt um 3,2 Prozent auf 3.621 Euro gefallen.

Dieser Rückgang lässt sich unter anderem auf die damals zurückgehenden oder nicht ausgezahlten Sonderzahlungen zurückführen. Im Krisenjahr 2009 wirkten sich zudem die in vielen Betrieben anlässlich einer sich verschlechternden Auftragslage durchgeführten Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitskräfteeinsatzes wie zum Beispiel Kurzarbeit, Freizeitgewährung für geleistete Überstunden, Betriebsurlaub auf die Verdienstentwicklung negativ aus. Von Mitte 2009 bis Mitte 2010 nahm der durchschnittliche Verdienst wieder zu, und zwar um 2,9 Prozent. Die Bruttomonatsverdienste lagen damit im zweiten Quartal 2010 durchschnittlich geringfügig um 0,3 Prozent unterhalb des Niveaus des Jahres 2008 – bei einem gleichzeitigen Preisanstieg von rund einem Prozent bedeutet das allerdings unterm Strich eine Einkommenseinbuße (vgl. Abb. Seite 38).

¹ Vgl. Böcklerimpuls 2/2011.



Prozentuale Veränderung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Land Bremen



Bei einer differenzierten Betrachtung des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors lassen sich signifikante Unterschiede bei der Entwicklung der Arbeitnehmerverdienste erkennen. Wie die Abbildung grafisch verdeutlicht, waren die Arbeitnehmerverdienste im Dienstleistungssektor unter dem Strich deutlich weniger stark von der Krise betroffen: Während sich die Verdienste im Dienstleistungsbereich zwischen den Jahren 2008 und 2009 um 1,4 Prozent, zwischen 2009 und 2010 um 1,1 Prozent und über den gesamten Betrachtungszeitraum 2008 bis 2010 deutlich um 2,5 Prozent erhöhten, lässt sich eine negative Entwicklung für das produzierende Gewerbe erkennen, das stark von den in der Krise zurückgehenden Aufträgen betroffen war. Hier gingen die Bruttoverdienste von 2008 bis 2009 um 6,9 Prozent zurück, um dann aber bis 2010 wieder kräftig um 5,6 Prozent anzusteigen. Insgesamt sanken im gesamten Betrachtungszeitraum 2008 bis 2010 die Arbeitnehmerverdienste um 1,7 Prozent (vgl. Abb. Seite 38).

Gewinner: Selbstständige, Unternehmen, Rentiers

Das Volkseinkommen beschreibt die Summe der in einem Jahr erwirtschafteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen in Deutschland. Bei einer differenzierten Betrachtung seiner beiden Bestandteile ›Arbeitnehmerentgelte‹ und ›Unternehmens- und Vermögenseinkommen‹ gibt es Aufschluss über die Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen und kann als wichtiger Indikator für die Einkommensverteilung zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen herangezogen werden.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen auf der einen und Arbeitnehmerentgelte auf der anderen Seite haben sich bereits seit Anfang der 1980er Jahre zulasten der Arbeitnehmerentgelte ungleich entwickelt: Das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte lag deutlich unterhalb und das der Unternehmens- und

Vermögenseinkommen oberhalb der Wachstumsentwicklung des Volkseinkommens. Nach nur kurzzeitiger Unterbrechung dieser Entwicklung infolge der Wiedervereinigung hat sich diese ungleiche Einkommensentwicklung fortgesetzt. Vor allem im letzten Jahrzehnt hat die Abkopplung der Arbeitnehmereinkommen vom Wachstum des Volkseinkommens ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht.

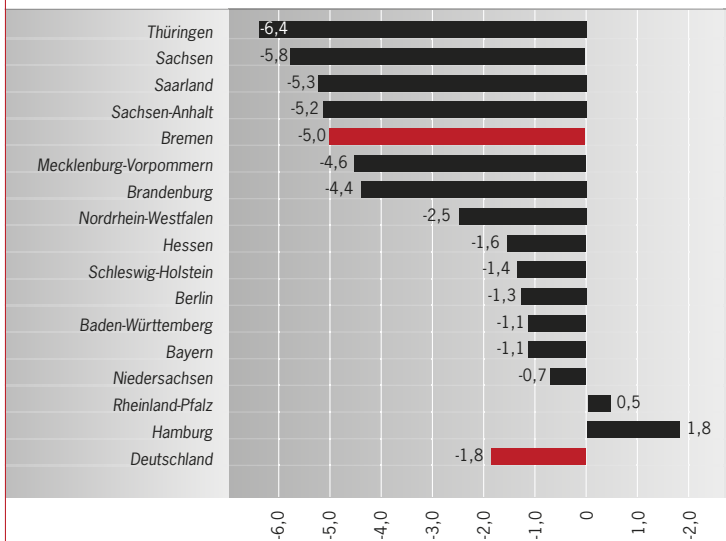
Insgesamt partizipieren die Arbeitnehmer auch im Land Bremen immer weniger an der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Neben den Arbeitnehmerentgelten werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Betriebsüberschüsse beziehungsweise Selbstständigeneinkommen und Vermögenseinkommen erfasst. Mit einer insgesamt zunehmenden Beschäftigung sind die von den Arbeitnehmern empfangenen Entgelte im Land Bremen zwischen 2004 und 2008 lediglich um 6,8 Prozent gestiegen. Mehr als doppelt so stark, nämlich um 16,8 Prozent, nahmen im entsprechenden Zeitraum die Betriebsüberschüsse und Selbstständigeneinkommen zu. Noch höher fiel mit 30,1 Prozent die Zunahme der Vermögenseinkommen aus. Insgesamt bedeutet diese Entwicklung eine Umverteilung zulasten der Arbeitnehmereinkommen.

Die Lohnquote sinkt – Arbeitnehmer partizipieren immer weniger

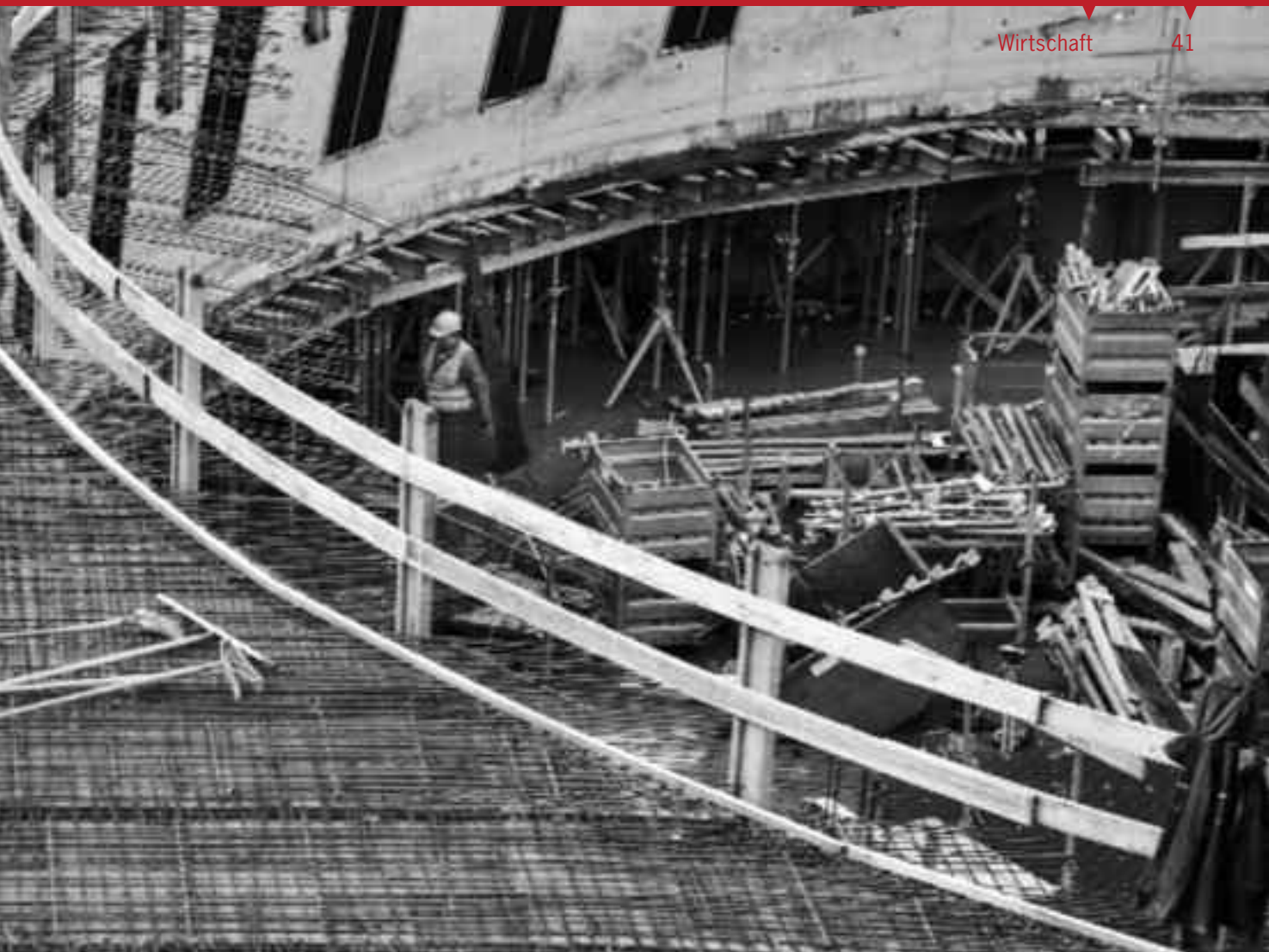
Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen (die sogenannte Lohnquote) sank in Deutschland im letzten Jahrzehnt signifikant, während der Anteil der Unternehmensgewinne und Vermögenseinkünfte entsprechend zunahm und sich in den letzten neun Jahren überdeutlich weiter von der Lohn- und Gehaltsentwicklung der Arbeitnehmer entkoppelte. Die Lohnquote kann als ein Maß für die Aufteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Einkommens angesehen werden. Nach Berechnungen der Arbeitskammer des Saarlandes verringerte sich im Land Bremen die bereinigte Lohnquote zwischen 2000 und 2009 um fünf Prozentpunkte, nämlich von 59,1 Prozent auf 54,1 Prozent (vgl. Abb. Seite 40).



Entwicklung der Lohnquote 2000 bis 2009 nach Bundesländern; prozentuale Veränderung



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Bearbeitung



Einführung eines Mindestlohns: 8,50 Euro? Mindestens!

Die Arbeitnehmerkammer plädiert für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro/Stunde. Dieser Satz ist bei einem alleinstehenden, vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in der Regel gerade einmal ausreichend, um nicht zusätzliche SGB-Leistungen (»Hartz IV«) zur Existenzsicherung in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Regelung von Löhnen und Arbeitsbedingungen ist in Deutschland vorrangig die Aufgabe der Tarifvertragsparteien. Doch die Politik hat in den vergangenen Jahren mit einer gezielten Politik zur Senkung der »Anspruchslöhne« bei einfachen Tätigkeiten, durch Ausweitung von Leiharbeit und Minijobs

Druck auf die Löhne ausgeübt. Mit einer Flexibilisierung, Verbetrieblichung und Aushöhlung des Flächentarifvertrags wurde auch die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer bei der Lohnfindung bedeutend geschwächt.

Hier muss jetzt ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn als eine untere Schwelle für niedrige Löhne greifen und Arbeitnehmer in Branchen vor Niedriglöhnen schützen, in denen angemessene Tarifverträge keine Anwendung finden.


Branchen mit Tarifvergütungen unter 8,50 Euro/Stunde im Land Bremen 2010

Branche	Beschäftigungsform	Tarifvergütung (EUR) je Stunde	Tarifvergütung (EUR) je Monat	gültig ab
Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau	Angestellter	6,25–8,06	1.056–1.362	09/2011
Fleischerhandwerk	Arbeiter	6,31	1.009	07/1995
Fleischerhandwerk	Angestellter	6,33	1.012	07/1995
Friseurhandwerk (Stadt Bremen)	Arbeitnehmer	6,34–6,57	1.046–1.084	04/2007 04/2008
Sanitär-, Heizungs-, Klimatechnikhandwerk (in Bremerhaven)	Arbeiter	6,35	1.022	05/1992
Bewachungsgewerbe Separatwachdienst	Arbeiter	6,00–6,47	1.039–1.121	03/2007 03/2008
Maler- und Lackierhandwerk	Angestellter	6,59	1.113	06/2003
Bewachungsgewerbe Revierwachdienst	Arbeiter	6,10–6,61	1.057–1.145	03/2007 03/2008
Hotel- und Gaststättengewerbe	Arbeitnehmer	6,69–6,91	1.131–1.168	07/2008, 07/2009
Bekleidungsindustrie	Angestellter	6,89	1.103	01/2010
Systemgastronomie	Arbeitnehmer	7,05–7,50	1.191–1.268	12/2007, 12/2008, 12/2009, 12/2010
Einzelhandel	Angestellter	7,16–7,50	1.167–1.223	09/2009, 09/2010, 01/2011
Erwerbsgartenbau	Arbeiter	7,22	1.220	12/2008
Erwerbsgartenbau	Angestellter	7,32	1.237	12/2008
Zeitarbeit (West), Tarif BZA		7,38–8,19	1.119–1.242	01/2007, 07/2010, 05/2011, 11/2011, 11/2012
Zeitarbeit (West), Tarif iGZ	Arbeitnehmer	7,51–8,19	1.139–1.242	11/2008, 07/2010, 05/2011, 11/2011, 11/2012
Dachdeckerhandwerk West	Angestellter	7,41	1.251	10/2010
feinkeramische Industrie	Angestellter	7,65	1.263	02/2010
Kfz-Handwerk	Angestellter	7,65	1.198	01/2008
Floristik	Arbeitnehmer	7,73–8,07	1.307–1.363	09/2009, 09/2010, 09/2011
Gebäudereinigung	Angestellter	8,15	1.377	05/2003
Versicherungsgewerbe	Arbeitnehmer	8,34	1.372	01/2009
Briefdienstleistungen (West) sonstige Tätigkeiten		8,40	1.406	01/2008
öffentlicher Dienst Bund	Arbeitnehmer	8,48	1.433	01/2010
öffentlicher Dienst West Gemeinden	Arbeitnehmer	8,48	1.433	01/2010
öffentlicher Dienst Länder (West)	Arbeitnehmer	–	1.406–1.423	03/2009, 03/2010

Dass mittlerweile auch ein Tarifvertrag, wie die Abbildung Seite 42 deutlich aufzeigt, in zahlreichen Branchen nicht mehr vor Niedriglöhnen schützt, zeigt, wie problematisch die Lage schon ist. Eine Auswertung der Tarifdatenbank des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) zeigt, dass allein mindestens 26 Tarifverträge im Land Bremen angewendet werden, die für untere Lohngruppen Lohnsätze unterhalb des geforderten Mindestlohnes von 8,50 Euro/Stunde zugrunde legen.

Auch unabhängig von einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn bleibt es in verschiedenen Branchen weiterhin erforderlich, Mindestlöhne und andere Mindestarbeitsbedingungen auf der Basis allgemeinverbindlicher Tarifverträge und der Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu sichern. So wurde erst im Frühjahr 2010 ein Mindestlohn für Pflegeberufe festgesetzt. Notwendig ist ein solcher Mindesttarif aber auch zum Beispiel für den Bildungs-/Weiterbildungssektor geworden.

Folgende Mindestlöhne sind derzeit für die Tätigkeiten von Angelernten und ausgebildeten Fachkräften festgesetzt. Die Mindestlohnregelungen für die Abfallwirtschaft und Wäschereidienstleistungen sind dabei sichtbar nicht angemessen, da sie unter dem für die Existenzsicherung notwendigen Stundensatz von 8,50 Euro liegen. Auch der Pflege-Mindestlohn von 8,50 Euro liegt noch in der Armutrisikozone. (vgl. Kapitel 2.5 und Abb. Seite 43).



Branchen mit allgemeinverbindlichen Tarifverträgen

Quelle: Statistisches Bundesamt

	Euro
Abfallwirtschaft	8,24
Bauhauptgewerbe	10,90–12,95
Dachdecker	10,80
Elektrohandwerk	9,70
Gebäudereinigung	8,55–11,33
Maler/Lackierer	9,50–11,50
Pflege	8,50
Wäschereidienstleistungen	7,65

Gender Pay Gap: »Frauen verdienen mehr!«

Die Forderung »Frauen verdienen mehr!« ist aktueller denn je. Die Lohnkluft zwischen Frauen und Männern hält sich vehement. Seit Jahren verdienen Frauen in nahezu allen Branchen nicht das, was sie verdienen und weitaus weniger als ihre männlichen Kollegen. Gleichberechtigung – von wegen. Obwohl dieser Anspruch im Grundgesetz festgeschrieben ist, obwohl mehr junge Frauen als Männer das Abitur ablegen, mehr und mehr qualifizierte Berufsausbildungen absolvieren und die besseren Studienabschlüsse vorweisen, hat sich europaweit – vor allem in Deutschland – der prozentuale Unterschied im Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern verfestigt. Zu den Zahlen und Fakten: Die Lohnlücke in Deutschland liegt nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes aktuell, wie in den Jahren zuvor, bei rund 23 Prozent. Im EU-Durchschnitt verdienen Frauen im Jahr 2008 – ebenfalls gemessen am Bruttostundenverdienst – 18 Prozent weniger als Männer. Die höchsten Lohndifferenzen bundesweit werden festgestellt im Wirtschaftszweig »Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen« (34 Prozent), im Bereich »Kunst, Unterhaltung, Erholung« (31 Prozent), im verarbeitenden Gewerbe (29 Prozent), in der Finanz- und Versicherungsbranche (29 Prozent) und im Bereich »Infor-

mation und Kommunikation« (29 Prozent). Die geringsten Lohnabstände bestehen in den Branchen »Verkehr und Lagerei« (7 Prozent) sowie »Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden« (3 Prozent).

Eine Lohnkluft zwischen den Geschlechtern ergibt sich nicht nur aus dem Vergleich von Durchschnittsverdiensten. Sie ist auch sichtbar, wenn man die Löhne und Gehälter von Frauen und Männern bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb in den Blick nimmt. Wird nach diesen Merkmalen statistisch kontrolliert, verdienen in Deutschland Frauen noch immer 12 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Dies belegt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Bereits Berufsanfängerinnen wird rund 19 Prozent weniger Gehalt gezahlt als den Berufsanfängern, so eine Erhebung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Ursachen für diese offene Diskriminierung von weiblichen Arbeitskräften sind vielschichtig. Studien und Analysen zum Thema verweisen vor allem auf die etablierte Segregation am Arbeitsmarkt, also die Aufteilung in männer- und frauendominierte Tätigkeitsfelder und Branchen. So arbeiten Frauen oft in Bereichen, in denen Arbeit geringer bewertet und entlohnt wird, beispielsweise im Gesundheits-, Erziehungs- und Pflegebereich oder im Einzelhandel. Sie sind unterdurchschnittlich in Management- und Führungspositionen vertreten, trotz gleichwertiger oder besserer Ausbildungsabschlüsse. Weiterhin sind Traditionen und Stereotypen in unserer Gesellschaft manifestiert. Nach wie vor schwer aufzubrechen sind die beeinflusste ungleiche Aufgabenverteilung in der Familie und das geschlechts-

spezifische Berufswahl- und Erwerbsverhalten. Frauen unterbrechen wesentlich häufiger, freiwillig oder unfreiwillig ihre Erwerbstätigkeit und nehmen entsprechend einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung Kindererziehung und Pflege von Familienangehörigen wahr. Auch arbeiten sie häufiger in Teilzeit. Diese Auszeiten vom entlohnten Arbeitsleben beeinträchtigen weibliche Karriereentwicklungen, bedeuten geringere Aufstiegschancen und führen zu Einbußen bei Gehältern und Löhnen, später auch bei der Rente. Bereits bei der Berufswahl denken junge Frauen die spätere Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit. Damit sind Bildungswege und Beschäftigungsmuster vorgezeichnet.

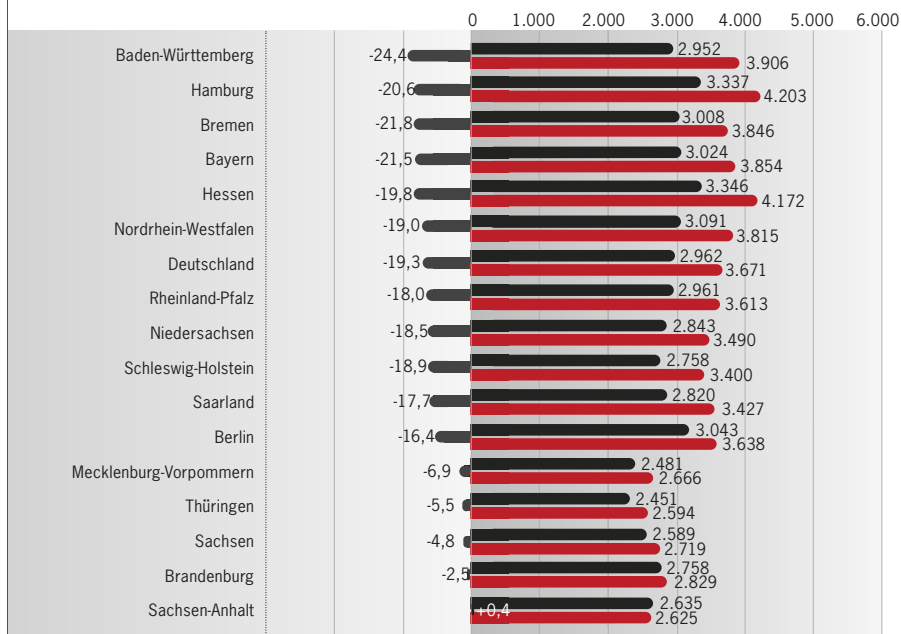
Gender Pay Gap: Zur Situation im Land Bremen

Das Statistische Jahrbuch 2010 der Arbeitnehmerkammer Bremen weist die Verdienstabstände zwischen Männern und Frauen nach Branchen und im Vergleich zu anderen Bundesländern aus.² Gemessen wurden die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Bremen gehört in Deutschland zu den Bundesländern mit den höchsten Lohnabständen. Hier verdienen Frauen etwa 22 Prozent weniger als Männer (vgl. Abb. Seite 45). Auffällig ist das geteilte Bild zwischen West- und Ostdeutschland, welches zum einen mit der Historie gleich hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in der damaligen DDR zu tun hat und zum anderen mit insgesamt niedrigeren Lohnunterschieden zwischen Berufen und Branchen sowie weniger Erwerbsunterbrechungszeiten von Frauen aufgrund besserer Kinderbetreuungsangebote.

² Vgl. Farke, Jan: *Statistisches Jahrbuch 2010. Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialstatistik. Arbeitnehmerkammer Bremen*, S. 136–142, Abbildungen 123, 124.



Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer im Jahr 2009; Lohnabstand zwischen Frauen und Männern in Euro nach Bundesländern



● Frauen ● Männer ● Lohnabstand in Prozent

Quelle: Statistisches Jahrbuch 2010 der Arbeitnehmerkammer Bremen; eigene Berechnungen

Branchendifferenziert ist für das Land Bremen festzustellen, dass die Lohnkluft besonders hoch ist in den Bereichen ›Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen‹ (33,5 Prozent), ›Information und Kommunikation‹ (33,3 Prozent), ›Gesundheits- und Sozialwesen‹ (27,0 Prozent), im ›verarbeitenden Gewerbe‹ (25,7 Prozent), und im ›Handel‹ (24,8 Prozent). Die geringsten Lohnabstände zwischen Frauen und Männern werden gemessen in der ›öffentlichen Verwaltung‹ (5,7 Prozent) und im ›Gastgewerbe‹ (7,0 Prozent).

Auch für das Bundesland Bremen gilt, diesen Ungerechtigkeiten am Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben von Frauen entgegenzuwirken. Gefragt sind hier die Gesetzgebung, der Dialog der Sozialpartner, Gleichstellungspläne in den Unternehmen und öffentlichkeitswirksame Aufklärungskampagnen und Initiativen. Es geht um nicht weniger als das Aufbrechen verkrusteter Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft, um mehr Frauen in männerdominierten Berufen und Branchen, um mehr Frauen in Management- und Führungspositionen, um gleichberechtigte Familienarbeit, um mehr gesellschaftliche Wertschätzung heute typischer Frauenarbeit durch eine angemessene Entlohnung.